

Aus Ostschlesien

Bürgertum und SPD gegen Einderung des Erwerbslofenelends

Cheerbach. Gesuche der Erwerbslosen, Schuhwert, Oberbeihilfe und Arbeit fordernd (Spezergulierung, Ritterhadergulierung und Ausbau der Sprecherer Straße) wurden in der letzten Stadtkonferenz vom Gen. Ratlicher begründet. Die Not der Erwerbslosen ist groß. Wir haben zur Zeit 500 Erwerbslose, die nicht mehr durch die Nationalisierung in den Arbeitsmarkt aufgenommen werden. Die SPD stellte den Antrag, 2000 RM zu bewilligen. Die Einlage wegen Schuhwert wurde gegen die 3 Stimmen der SPD abgelehnt. Die Oberbeihilfe wurde einstimmig angenommen. Gen. Ratlicher stellte hierzu folgenden Antrag: Alle Erwerbslosen, die sich auf der Liste eingetragen haben, sollen die Oberbeihilfe erhalten, und zwar bedingte 8, Berechtigete 10 und für jedes Kind 2 RM. Dieser Antrag fand nicht die genügende Unterstützung und kam deshalb nicht zur Abstimmung. Dasselbe geschah auch mit dem Antrag wegen Ermittlung der 2000 RM. Die SPD hielt es nicht für notwendig, die Anträge zu unterstützen. Erwerbslose, so sieht das Gesicht der SPD aus. Ein Komitee (SPD) stellte nun den Antrag, die Oberbeihilfe bis Klasse 7 zu geben. Gen. Ratlicher stellte den Antrag, in bedürftigen Fällen darüber hinauszufragen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen, dagegen wurde über den Antrag der SPD nicht abgestimmt. Nun können sich die Erwerbslosen bei der Einheitsfront von Stenzel (SPD) bis zum Stadtkonferenzmitglied Herrschel bedanken für die „Oberbeihilfe“. Die sozialdemokratische Stadtkonferenzfraktion ist genau so reaktionär wie ein Grundbesitzer Herrschel und die übrigen bürgerlichen Vertreter. Wir haben hier im Ort städtische Wohnungen, wo das Licht mit auf den Zähler des Mieters geht, oder wo an der Flurbelichtung noch weitere 4 bis 5 Lampen hängen

(Keller, Boden, Waldhaus u. a.). Die ganze Sache hat schon einige Male die Stadtkonferenz beschäftigt und die bürgerlichen Vertreter wollten sogar das Ortsgericht durchdringen, das besagt: das Juristisch ist vom Hausbesitzer zu helfen. Der Finanzausschuss schlug nun dem Kollegium vor, 4 RM jährlich den Mietern zur Flurbelichtung zu geben. Die bekannte Frau Anna Scholz (SPD) stellte den Antrag, die Flurbelichtung solle die Stadt mit übernehmen. Stadtkonferenzmitglied Herrschel (bürgerlich) spricht gegen diesen Antrag und führt weiter aus, daß auch die Mieter etwas mit zur Flurbelichtung zu tragen haben und stellt den Antrag, 2 RM Flurbelichtung solle die Stadt übernehmen und 1 RM sollen die Mieter bezahlen. Gen. Ratlicher spricht gegen beide Anträge, mit der Begründung, daß beide Anträge nicht das richtige treffen, da doch die Stadt für die Flurbelichtung zu sorgen hat, und stellt den Antrag, den Bauhall für eine Lampe (1,10 RM monatlich) den Mietern gutzuschreiben. Stadtkonferenzmitglied Herrschel fragt nun Frau Scholz (SPD), ob sie ihren Antrag zurückzieht, da doch der Antrag der Bürgerlichen das richtige trifft. Durch das lebenswürdige Vorgehen des Herrn Herrschel beeinflusst, zog Frau Scholz (SPD) ihren Antrag zurück. Der Antrag des Finanzausschusses, 6 RM Flurbelichtung jährlich zu bezahlen, mit dem Zusatzantrag, 2 RM Flurbelichtung mit zu übernehmen, wurde gegen die 3 Stimmen der SPD angenommen. Städtische Mieter von Ebersdorf hat sich durch die „Freundlichkeit“ des Herrn Herrschel beeinflussen lassen und ihren Antrag zurückgezogen und so hat ihr jetzt die Tatsache zu verzeichnen, daß die SPD und die Bürgerlichen in Mietsfragen einig sind. Die Rollen für den Telefonanschluß der Hebamme wurden ohne Aussprache einstimmig angenommen. Arbeiterfort. 462.

Der Bürgermeister betrügt die Klein- und Sozialrentner um ihre Renten

Büchle Urteile für die Betrüger — Großbauern als Helfershelfer des Betrügers

Neundorf bei Herrnhut. Im Amtsgericht Bernstadt fand am 22. Februar ein Prozeß statt, der einen ungeheuren Skandal, der in der ganzen Oberlausitz ein berechtigtes Aufsehen erregte, zur Grundlage hatte. Der ehemalige Bürgermeister Herrmann aus Neundorf, der Großbauer Stöcker und sein Berufscollega alias Puder, genannt Geißler, fanden

Der zweite Wohltätigkeitskassier alias Puder, genannt Geißler,

leidet ebenfalls an Gedächtnischwund. Er hat eine Ehediensturkunde von 200 RM unterschrieben, und in seiner Großzügigkeit natürlich nicht einen Pfennig abgegeben. In der Jugendrechnung erklärte die Rentnerin, so z. B. der Invalid Reihner, der nur noch ein Bein hat, daß ihm erst seine Tochter aufmerksam gemacht hätte, daß er für bedeutend mehr ausliefere, als er Geld bekommt.

unter der Anklage des Betrugs, begangen an den Klein- und Sozialrentnern der Neundorfer Gemeinde. Der Anklage lag folgendes zugrunde: Wie überall, so konnten auch in Neundorf die Rentner mit ihren außerordentlich niedrigen Renten nicht auskommen. Sie stellten den Antrag auf Zulagen, die sie bis zum Jahre 1924 auch immer erhielten. Am 1. Januar traten die wiedergewählten Gemeindevorstände in ihr Amt. Unter dem Japier des Betrügers, Bürgermeister Herrmann, wurde als teile Maßnahme der Rauh der den Rentnern rechtlich zuzehörenden Zulagen vorgeschrieben. Auf folgende raffinierte Weise wurde dieser Betrag ausgeführt: Wie bekannt ist, hat die Gemeinde ein Drittel zur Zulage zu zahlen. Der Bürgermeister Herrmann mißbrauchte seine Amtsbezugnisse, indem er die Rentner auf Gemeindevorstände brachte und ihnen erklärte, die Rentner sollten auf das Gemeindeviertel verzichten. Wenn sie das nicht tun würden, erhielten sie überhaupt keine Zulagen mehr. Die Invaliden, die zum Teil 84 Jahre alt sind und sich begreiflicherweise in den geistlichen Einkünften nicht auskennen, ließen sich durch die Drohungen einschüchtern und verzichteten auf diese Art „Freiwillig“ auf das Gemeindeviertel. Das war

Die ausführlichen Ausführungen des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, Herrschel, machten den Rechtsanwalt höchlich nervös.

Er unterbrach die Ausführungen Herrschels. Bezeichnend war, daß ein Schöff, der die Verhandlung ansehend reger verfolgte, die Feststellung machte, daß der Bürgermeister durchaus nicht gefahrlos und leicht, sondern gerade im Gegenteil sehr bewandert ist, denn der Bürgermeister hat die Befähigung des Untersuchungsausschusses aus allerdingen begrifflichen Gründen verweigert. Charakteristisch war während des Prozesses, daß der Richter die Vernehmung der Zeugen aufs äußerste einschränkte. Doch der Rechtsanwalt in seiner Verteidigungsrede einen Freispruch verlangte und das Gericht lebhaftlich hat, von einer Freispruch abzuweichen, ist begreiflich, aber geradezu ein Hohn auf diesen unerhörten Vorfall waren

der Anklage des Betrugs, den der Bürgermeister beging. Das nächste, was er unternahm, war eine flug und raffiniert ausgeführte Urkundenfälschung, durch die die Amtshauptmannschaft Lübau getäuscht werden sollte. Jedoch, um sich auch hier zu beden, ließ der Bürgermeister in den Quittungslisten sich von den Rentnern den vollen Betrag quittieren, obwohl ihnen nur zwei Drittel der Zulage ausbezahlt wurde. Längere Zeit konnte der Bürgermeister diese gemeine und niedrige Handlungswelt bei den alten Leuten durchführen, bis dann später längere Einwohner die Rentner auf den Betrag aufmerksam machten. Das 1927 neugewählte Gemeindevorstandskollegium konnte nicht umhin, die Amtshauptmannschaft zu veranlassen, Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft zu stellen. Nach unendlich lange geführten Untersuchungen fand dann endlich am 22. Februar

die Ausführungen des Staatsanwaltes,

der die Strafe in das Ermessen des Gerichts stellte. Diese Worte kamen einer Belohnung gleich. Nach längerer Beratung des Gerichts wurde folgendes Urteil gefällt: Bürgermeister Herrmann erhielt wegen Betrugs 90 RM Geldstrafe, Stöcker und Geißler je 30 RM Geldstrafe.

Dieses außerordentlich milde Urteil hat in der Gemeinde und darüber hinaus berechtigtes Aufsehen und Empörung ausgelöst. In Zukunft ist zu erwarten, was die Handlungswelt dieser drei, als daß die Einwohner ein solches Urteil verstehen könnten. Die Arbeiter haben hier wieder einmal gesehen, wie die deutsche Justiz mit Betrügern umgeht, wenn die Leidtragenden die Arbeiter sind.

Die Einwohner von Neundorf zweifeln nicht mehr daran, daß die deutsche Justiz „gerecht“ und objektiv urteilt. Arbeiterfortspondenz 432.

der Prozeß in Bernstadt statt. Nachdem der Richter die Personalien der 3 Angeklagten und der 14 Zeugen festgestellt hatte, erklärte er, daß die Angeklagten geglaubt hätten, im Interesse der Gemeinde zu handeln. Diese Handlung würde ihre bürgerliche Ehre nicht berühren, sie müßten nur die Dummheit eingestehen. Damit hatte der Richter von Anfang an zu verstehen gegeben, daß er für den Betrag volles Verständnis hatte. Die wenigen Einwohner Neundorfs, die immer noch zur Klaffenjustiz Vertrauen hatten, mußten hier feststellen, wie die Klaffenjustiz mit zweierlei Maß mißt. In demselben Sinne wie der Amtsrichter äußerte sich auch später der Vertreter des Staatsanwaltes. Beide Reklamen vor sich, daß es eine Dummheit sei, was die Betrüger an den Rentnern begangen. Dieser praktische Anschauungsunterricht, den die Jücker gleich zu Beginn der Verhandlung erhielten, war auch nicht ohne Wirkung geblieben.

In scharfen Worten diskuzierten die Betrogenen, wie milde doch die Richter walten können, wenn es sich um Betrüger aus dem bürgerlichen Lager handelt. Hätte es sich hier um Betrüger aus Arbeiterkreisen gehandelt, so wären diese ganz bestimmt in Untersuchungshaft genommen worden. Da hätte Verdunkelungsgefahr vorgelegen. Aber hier konnten die „Wellen der Nation“ wochen- und monatelang frei umherlaufen und sich über den Prozeß und ihr Verhalten dazu verständigen. Wie ein Entzündender, so kümmerte sich der Bürgermeister Herrmann während des Prozesses an jede Kleinigkeit, die ihm als Halt dienen konnte. Daß er dabei seinen Vorgänger Ziege verleumdete, ist bei solchen Betrüchern nicht verwunderlich. Seinen Betrug stellte er in geschickter Weise als harmlos und im Interesse der Gemeinde nötig, hin. Auf die Frage des Richters, wie man in der Gemeinde einen Ausgleich für dieses nicht gezahlte Drittel gefunden hätte, erklärte Herrmann, er habe dieses nicht ausgeglichen, erklärte Herrmann, die 1080 RM als Ausgabe gedacht. Zur Deduktion dieser fiktiven Ausgabe wurden zwei Ehediensturkunden von 700 und 280 RM ausgestellt und in die Armenlistenrechnung eingetragen.

Einer der „Stifter“ ist der Großbauer Stöcker. Auch er stellte sich bei seiner Vernehmung nach äußerlicher Ansehung, die Hände in den Hosentaschen, dumm und frech zugleich. Der so viel Verständnis für die Betrüger ausbringende Richter sah sich gezwungen, den Kraußunker zur Ordnung zu rufen. Stöcker wollte alles verweigern haben. Das Gedächtnis dieses von Mitleid tiefenden Menschen wurde durch das Protokoll aufgefrischt. Mit dummen Redensarten ging er über seinen Schwund, nämlich die ausgefallene Ehediensturkunde von 700 RM, die er unterschrieben, ohne einen Pfennig gezahlt zu haben, hin.

In einer Front

Mischowitzer. Neben einer Anzahl Tagesordnungspunkte lag ein Antrag der SPD-Fraktion vor, der Unterstützung aller Erwerbslosen in Form von Brennholz und Lebensmittel, Beihilfen für Erwerbslose, die Kinder zur Schule bringen und Beihilfen der Schule entlassen, Arbeitsbeschaffung für alle Erwerbslose zu auskömmlichem Lohn fordert. Daß diese Anträge nicht sole zu auskömmlichem Lohn fordern, zeigte eine sich entzündende Geschäftsordnungsdebatte. Der Vorsitzende bemerkte, daß dieser Antrag nicht zur Tagesordnung kommen könne, da er nach Ablehnung der schriftlichen Einladungen eingegangen sei. Gen. B. stellte in den Vorberathung, daß dieser Antrag 3 Tage vor Beginn der Sitzung einzureichen sei und somit nach den bisherigen Geschäftsordnungen mit Veratung kommen müsse und begründete den Antrag in ausführlicher Weise. Vom Rat wurde dem widersprochen. Von allen Seiten verlangte man die Zurückziehung oder Änderung der vorgelegten Anträge. Nachdem sich unser Genosse für die Ablehnung der Punkte 1 und 2 einsetzte, den 3. Punkt dem Rat überließen wir alle Material für Beschaffung von Arbeit, brachte die Mittelstandsfraktion einen Antrag ein, der besagte, daß die Anträge der SPD durch die Erklärung des Herrn Bürgermeister (für Beschäftigung war auf einmal geort) erledigt seien. Hierfür stimmten alle bürgerlichen Vertreter ein. Die SPD für die anwesenden Arbeiter haben sehr deutlich, daß die SPD für die Erwerbslosen nichts übrig hat, wohl aber in ihrer Presse und ihren Verlautbarungen große Worte für die Not der Arbeiter. Bei Abstimmungen eine a b i h n e n d e Haltung. Hier zeigte sich so recht anschaulich die Ideologie der linken SPD. Arbeiterfortspondenz 461.

Trautlitz. Ein empörender Vorfall trug sich am Sonnabend dem 16. 3. 29 auf dem Arbeitsamt Jützin, Nebenstelle Ostschlesien, zu. Sonnabend vormittag erhalten die Arbeitslosen der kleineren Landgemeinden ihre paar Stempelpfennige. Auf Grund der Nationalisierung gehen auch fast alle Landarbeiterinnen der Rittergüter flempeln. Als nun der Beamte, wie üblich, auch eine Landarbeiterin aus Trautlitz nach dem Nebenamt rief, erhielt er keine klare Antwort. Nachmals Frage und Antwort. Die Landarbeiterin hat wahrscheinlich ein paar Stunden gearbeitet und möchte natürlich die paar Stempelpfennige (8,80 RM) ungefügt erhalten. Als die Betreffende noch keine klare Antwort gibt, schreit plötzlich hinter ihr der Tischler Rich Kern mit seiner Ehefrau (Trautlitz): „Nach nur teinen Quatsch, du hast doch schon gekern gearbeitet!“ Darüber empörte Jurze einzelner Erwerbsloser. Der Beamte wußte genug. Auf telefonische Anfrage bei der Güterverwaltung wurde jener Landarbeiterin ihre Unterstützung entsprechend gefügt, auch denen, die ihr Geld schon erhalten hatten. Die Landarbeiter werden jetzt gut tun, sich diesen De u n s t a n t e n einmal etwas näher zu betrachten, zumal Kern als Gemeindevorsteher doch die Interessen der Arbeiter „verteuten“ soll. Darum, Landarbeiter, wählt im November nur klaffenbewusste Arbeitervertreter, damit es im dunklen Trautlitz auch endlich etwas Lichter wird. Arbeiterfortspondenz 460.

Freital. Am Mittwoch dem 27. 3. 29 veranstaltete die Internationale Arbeiterhilfe ihre diesjährige Generalversammlung. Der Redakteur des Mahnruf (Berlin) wird sprechen über die Aufgaben der IAH. Die Versammlung beginnt um 10 Uhr und findet statt im Döhlener Hof. Die Freitaler IAH, IAH- und SPD-Genossen beteiligten sich an der Empfangsfeier. Der in- und ausländischen Delegierten am Donnerstag dem 28. 3. in Dresden (Hauptbahnhof). Alle in Freital und Umgebung wohnenden Genossen haben per Eisenbahn bis Dresden-Blaun, und zwar ab Freital-Deuben 18.42 Uhr, Freital-Postschiff 18.46 Uhr, und dann mit Markt nach dem Hauptbahnhof. Es wird erwartet, daß sich die IAH-Mitglieder Freital's an beiden Veranstaltungen recht zahlreich beteiligen. Zur Generalversammlung müssen die Mitgliedsbücher am Sonntagabend vorgelegt werden.

Kaubühler. In der Nacht vom 23. März sind in Neißland bei Lengfeld zwei Unbekannte in ein von einem älteren Ehepaar allein bewohntes Grundstück eingedrungen. Nachdem sie im Erdgeschoss die Wohnräume und die Schuhmacherwerkstatt durchwühlt hatten und ihnen 50 RM, sowie eine Uhrzeit in die Hände gefallen waren, haben sie sich nach dem ersten Stief in das Schlafzimmer begeben und von dem Ehepaar unter Verhinderung von mutmaßlichen Schußwaffen und unter Drohung mit Erschießen 200 RM gefordert. Beide Täter trugen schwarze Gesichtsmasken. Es fehlt von ihnen jede Spur.

Freiberg. Falsche Selbstbeziehung. In der von anderer Seite gemeldeten Selbstbeziehung des Bergmanns Stegmann unter Beschuldigung des Nordes an dem Grafen Stolberg-Berningerode in Jomowitz wird mitgeteilt: Die Kriminalpolizei hat die Untersuchung des Falles aufgenommen und alsbald festgestellt, daß der in den 40er Jahren lebende Mann, der gerügt nicht ganz normal ist, den Nord nicht begangen haben kann. Der Nord erfolgte in der Nacht zum 19. März. Um diese Zeit hat sich der Mann in Großhildersdorf bei Marienberg aufgehalten und dort laut amtlichen Stempels Untersuchungen in Empfang genommen. Es wird angenommen, daß sich der Mann der Tat beichtigt hat, um ein Unterkommen zu finden.

Neue Belastung der Werttätigen

Bertsdorf. Am Donnerstag dem 21. März hatte die hiesige Gemeindevorwaltung eine öffentliche Sitzung nach dem Galkhof zum Hirsch einberufen. Um die „gewaltigen Leistungen“ der gesamten Gemeindevorstände zu zeigen, geschätzten dieselben Herren, die die Sitzungen sonst in einen leeren Raum verlegt haben, diesmal einem großen Teil Einwohner, der Sitzung beizuwohnen. Der Raum war bis auf den letzten Platz gefüllt. Gewaltig sind ja auch die Leistungen der Rappindefraktion in der Frage der Unterdrückung jeder von unleren Genossen seit Jahren erhobenen Forderung. Der wohlhabende Bürgermeister Jungmichel hatte schon immer auf eine passende Gelegenheit gewartet, um einmal wieder in frühlicher Eintracht seine getreuen Arbeitssoldaten vor der Öffentlichkeit zu präsentieren.

auf jegliche Verbesserungsanträge, die zugunsten der wohl äußert schwer belasteten Arbeiterschaft gestellt werden müßten. Auch stimmten diese Vertreter für die Maßnahme, nur solche Leute von den Zahlungen auszuscheiden, die dauernd nur der Wohlhabendsten unterstützt werden, alle übrigen müssen bezahlen. So begriffenwert die Wasserleitung ist, so schwer wird es ganz manchem Arbeiter fallen, das Geld anzubringen und die Finanzkraftigen werden äußert geschont. Die Einwohnerlichkeit mag daraus erkennen, wer ihre Interessen vertritt und wie gerissen die bürgerlichen arbeiten, um zu ihrem Ziele zu kommen. Doch es soll uns Kommunisten nicht hindern, unseren geraden Weg weiterzugehen. Diese bürgerlich-sozialdemokratische Front möge auch die Verantwortung für diesen Befehl tragen. Der Bau wird in Kürze begonnen werden. Die Leitung wird von der Gemeinde bis an die Grundstücksmauern auf Gemeindevorstände gelegt. Ein Nachtrag zur letzten Sitzung ist in der Sitzung dem Finanzausschuss übermitten. Dem vom Bezirk ausgegebenen Plan zum Ausbau der Wasserleitung, an dem sich die Gemeinde mit ungefähr 50.000 RM beteiligen soll, wurde nicht beigetreten. Der Finanzdienst wird abgelehnt. Dieses Jahr sollen 406 Meter Straße nach Bahnhof Bertsdorf befestigt werden. Hierzu wird ein Zuschuß von 2670 RM gewährt, 2500 RM hat die Gemeinde zu tragen. Die dazu benötigten Steine sollen vom Kiefernberg besorgen und durch Erwerbslose geschlagen werden. Das Gehalt um Unterstützung von Brandbeschützern in Großhildersdorf wurde beschlossene und 20 RM bewilligt. Das Gehalt des Reichensdandes der Schulsozialen wurde abgelehnt. Weiter wurde von Beschüssen des Schulsozialen Kenntnis genommen. Der diesjährige Haushaltsplan der Schule schließt mit einem Fehlbetrag von 12.227 RM ab. Die Milchlieferung soll verfahrensweise eingeführt werden, die Kinder sollen jedoch die Milch bezahlen. Die Veränderung der Schulordnung ist vorgenommen. Nach ihr ist die Fortbildungspflicht auf das ganze Jahr ausgedehnt worden. Die diesjährigen Ferien fallen in die Zeit vom 21. Juli bis 17. August und vom 29. September bis 16. Oktober. Die Ferienaufhebung wurde von 25 Fernern auf 3 Fernern pro Einheit erhöht. Hierauf trat man in die Dunkelkammer ein. Alle Anmeldeblätter wurden wohl nicht auf ihre Rechnung gekommen sein, denn die Tagesordnung hätte bei einem Raffestlich erledigt werden können. Die Sitzung dauerte kaum eine Stunde und enthielt 8 Punkte. Arbeiterfort. 463.

Was ihm und dem Vorsteher Reuter nicht gelungen ist, das hatte diesmal die sogenannte höhere Behörde fertig gebracht. Trotzdem aus den Verhandlungen vor dem Verwaltungsgericht-Bauren hervorging, daß der Bezirksausschuss ein Fehlurteil gefällt hat, fällt das obengenannte Verwaltungsgericht als Berufungsinanz ebenfalls ein Urteil, wodurch unter Genosse Schudert zwar nicht mehr 3 Monate, aber immerhin einen Monat von allen Sitzungen ausgeschlossen wurde. Ein Beweis, daß die republikanischen Behörden auf keinen Fall einen Kommunisten kräftig ausgeben lassen. Mit lächerlicher Milde lassen die bürgerlichen und sozialdemokratischen Vertreter mit ihrem Herrn Reuter und dem Bürgermeister an der Spitze vor den Zuschauern und geben das Resultat der „gewaltigen Anstrengungen“, die bis jetzt zur Schaffung einer Ortswasserleitung nötig waren, bekannt. In großen Tönen entfaltete der Bürgermeister das Finanzierungsprogramm. Die Baukosten betragen 220.000 RM, wozu ein Staatszuschuß von ungefähr 90.000 RM gewährt wird zu 3 Prozent Zinsen, die fehlende Summe ist zu 5 Prozent Zinsen und 2 Prozent Tilgung als Darlehen aufzunehmen. Der Finanzdienst ist wie folgt geregelt: Es wird eine Grundgebühr und eine Zulagegebühr erhoben. Das wird monatlich ungefähr 3 RM betragen, außerdem sollen Gemeindevorstände besonders herangezogen werden. Die Zulagegebühr beträgt für die Person 30 Pf. Untilgung. Nur die letzten Beiträge von den Landwirten nicht erhoben werden. Nachdem Herr Reuter noch einmal alle Vorzüge besonders gepriesen hatte, wurde die gesamte Vorlage einstimmig angenommen. Auch die Sozialdemokraten verzichteten